

diese Personalie. Nach einer langen und heftigen öffentlichen Diskussion nominierte der Europäische Rat *Juncker* Ende Juni 2014 schließlich in einer bisher noch nie erfolgten formellen Abstimmung gegen die Stimmen von *Cameron* und des ungarischen Ministerpräsidenten *Viktor Orbán* und das EP wählte ihn Mitte Juli zum Kommissionspräsidenten. Das zentrale Argument des Parlaments im Streit mit dem Europäischen Rat war, nur durch eine Nominierung *Junckers* würde dem Wählerwillen und den Prinzipien der Demokratie Rechnung getragen. Obwohl dieses Argument empirisch auf tönernen Füßen stand<sup>66</sup>, entfaltete es große normative Kraft. Durch *Junckers* Nominierung ging das vertraglich festgelegte alleinige Nominierungsrecht des Europäischen Rates faktisch auf die Mehrheit der Wähler und ihrer Repräsentanten im Europäischen Parlament über. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen, dessen Rücknahme nur schwer vorstellbar ist, und der einen weiteren Schritt in Richtung der Parlamentarisierung des EU-Systems darstellt.

66 Das Duell zwischen den Spitzenkandidaten der beiden großen Parteifamilien – Christdemokraten und Sozialdemokraten – führte nicht zu einer größeren Mobilisierung der EU-Bürger, wie die nochmals abnehmende Wahlbeteiligung zeigt. Zudem konnte es „die nationalen Debatten nicht überlagern“. *Uwe Optenhögel / Marcel Humuza / Stephan Thalhofer*, a.a.O. (Fn. 61), S. 3.

## **Innere Sicherheit als Thema der Parteiprogramme zur Wahl des Europäischen Parlaments 2014**

*Jasmin Röllgen*

Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) gelten als Wahlen zweiter Ordnung.<sup>1</sup> Zahlreiche Studien belegen diesen Nebenwahlcharakter für die Nachfrageseite. Hiernach misst die Bevölkerung den europäischen Wahlen weniger Bedeutung bei als nationalen. Da die EP-Wahlen weder die parteipolitische Zusammensetzung einer Regierung entscheiden noch die programmatiche Richtung der kommenden Wahlperiode – gegeben etwa durch ein Gesetzesinitiativrecht des Parlaments – maßgeblich leiten, steht für die Bürger mit ihrer Stimmenabgabe scheinbar weniger auf dem Spiel. Entsprechend rationales Handeln führt zu einer geringeren Wahlbeteiligung, soweit die Bürger die Kosten einer Wahlteilnahme höher einschätzen als deren Nutzen. Urnengänger hingegen wählen eher auf Grundlage aktueller (national-)politischer, situativer und persönlicher Belange als strategisch, um beispielsweise wie bei der Bundestagswahl mit der Abgabe von Erst- und Zweitstimme eine bestimmte Regierungskoalition ins Amt zu bringen.

Der Nebenwahlcharakter führt tendenziell zu besseren Wahlergebnissen für kleinere und neue Parteien, häufig zu einem schlechteren Abschneiden der Regierungsparteien sowie zu

1 Vgl. *Karlheinz Reif / Hermann Schmitt*, Nine Second-Order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 8. Jg. (1980), H. 1, S. 3 – 44; *Jasmin Röllgen*, Die Europawahlen 2009 als „Wahlen zweiter Ordnung“, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), Einsichten und Perspektiven. Bayerische Zeitschrift für Politik und Geschichte (2009), H. 2, S. 112 – 123.

einem höheren Anteil ungültiger Stimmen.<sup>2</sup> Insgesamt steigt das Wechselwählerpotenzial im Vergleich zu nationalen Wahlen. Die Eigenschaft als Nebenwahl verringert sich bisher weder mit dem kontinuierlichen Kompetenzzuwachs des Europäischen Parlaments noch über den erstmaligen Wahlkampf mit europäischen Spitzenkandidaten.<sup>3</sup> Auch weiterhin ist die nationale Politik wahlentscheidender als die Europapolitik, und die europäischen Spitzenkandidaten sind 2014 trotz Wahlkampfbemühungen mehrheitlich nicht bekannt.<sup>4</sup>

Begreift man die europäischen Parteien als rationale Akteure, die grundsätzlich ein Interesse an ihrer Stimmenmaximierung und dem Amtserhalt haben, so müssten sie das Neubewahlverhalten der Wählerschaft in ihrer Programmatik zu den EP-Wahlen entsprechend berücksichtigen. Die Parteien sollten folglich für die Bürger bedeutende Themen nochmals stärker in den Wahlprogrammen präsentieren, als dies für nationale Wahlen ohnehin gilt. Für die politischen Akteure bietet das EP zunächst schlicht einen weiteren Handlungsräum, den entweder sie oder die politischen Gegner besetzen können. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die Themensetzung der Parteien zu den europäischen Parlamentswahlen am Politikfeld Innere Sicherheit in Großbritannien und in Deutschland geprüft werden. Mit Bekanntwerden der Überwachungspraktiken US-amerikanischer und europäischer Sicherheitsbehörden bietet die Innere Sicherheit ein aktuelles Ereignis vor den EP-Wahlen, das die Bürger und den Staat weitreichend tangiert.

Der Beitrag fragt danach, welche Unterschiede sich in der politikfeldspezifischen Programmatik deutscher und britischer Parteien zeigen und analysiert am Beispiel der Abhörtauglichkeit von Geheimdiensten, inwiefern aktuelle medienöffentliche Debatten Eingang in die Wahlprogramme finden. Die Länderauswahl – Deutschland und Großbritannien – erfolgt aus drei Gründen: Erstens handelt es sich um auffallend starke Akteure, die nationale Interessen der Inneren Sicherheit erfolgreich in Europa durchsetzen.<sup>5</sup> Zweitens sind beide Staaten von der NSA-Affäre<sup>6</sup> in unterschiedlicher Weise betroffen. So soll der britische

- 2 Vgl. Sandra Brunsbach / Stefanie John / Andrea Volkens / Annika Werner, Wahlprogramme im Vergleich, in: *Jens Tenscher* (Hrsg.), Superwahljahr 2009. Vergleichende Analysen aus Anlass der Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament, Wiesbaden 2011, S. 41 – 64; *Oskar Niedermayer*, Die Wahl zum Europäischen Parlament vom 7. Juni 2009 in Deutschland: SPD-Debakel im Vorfeld der Bundestagswahl, in: *ZParl*, 40. Jg. (2009), H. 4, S. 711 – 731.
- 3 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Europawahl. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014. Bericht der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Nr. 156, Mannheim 2014, S. 34 ff. Siehe auch die Wahlanalyse von *Oskar Niedermayer* in diesem Heft der *ZParl*.
- 4 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 3), S. 21; Yougov, Times Survey Results vom 20./21. Mai 2014, [http://d25d2506sf94s.cloudfront.net/cumulus\\_uploads/document/n966r6px4w/Full\\_EU\\_Poll\\_Final\\_CUKIP.pdf](http://d25d2506sf94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/n966r6px4w/Full_EU_Poll_Final_CUKIP.pdf) (Abruf am 6. September 2014), S. 1; Infratest Dimap, Wahlreport. Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berlin 2014, S. 34.
- 5 Vgl. *Sebastian Bukow*, Die neue deutsche Sicherheitsarchitektur: Wandel und Entwicklung der inneren Sicherheit in Deutschland im europäischen Kontext, in: *Astrid Lorenz / Werner Reutter* (Hrsg.), Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft, Leverkusen 2009, S. 349 – 370; *Mathias Bug*, Societal Divisions Regarding Attitudes towards Digitalized Security Measures? British versus German Perspectives, in: *Maria Löblich / Senta Pfaff-Rüdiger* (Hrsg.), Communication and Media Policy in the Era of the Internet. Theories and Processes, Baden-Baden 2013, S. 159 – 174.
- 6 NSA-Affäre bezeichnet die im Juni 2013 durch den Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden bekannt gewordene massenhafte, verdachtsunabhängige und weltweite Überwachung der Kommunikation von Bürgern und Politikern durch US-amerikanische und europäische Geheimdienste sowie die damit einhergehenden öffentlichen und politischen Auseinandersetzungen.

Geheimdienst GCHQ (Government Communications Headquarters) selbst unmittelbar in die massenhafte Überwachung unverdächtiger Bürger verwickelt sein.<sup>7</sup> Und drittens verläuft die öffentliche Debatte zu den Ereignissen in Deutschland unter größerer Anteilnahme als in Großbritannien, obwohl der britische GCHQ direkt in den Skandal involviert ist und die Tageszeitung The Guardian umfangreiche Untersuchungen unternommen hat.<sup>8</sup>

### *1. Europäische und parteipolitische Bedeutung der Inneren Sicherheit*

Die Innere Sicherheit ist ein zur normativen Debatte einladendes Politikfeld. Seit der so genannten NSA-Affäre erhalten zudem auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) basierende Sicherheitsmaßnahmen in einigen europäischen Mitgliedstaaten wieder in erhöhtem Maße Aufmerksamkeit. So sensibilisiert die medienöffentliche Debatte für Fragen europäischer Sicherheit vor außereuropäischer Überwachung und verdeutlicht zugleich den Konflikt zwischen dem Interesse, Sicherheit mittels Maßnahmen aus der Informationstechnologie zu gewährleisten und der informationellen Selbstbestimmung des Individuums. Das Europäische Parlament behandelt die Spionageaffäre als eine Angelegenheit der Innen- und Justizpolitik und betraut im Juli 2013 den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres mit einer Untersuchung. Das Gremium untersucht die Überwachungspraktiken US-amerikanischer und europäischer Geheimdienste „mutiger und offensiver als jede Regierung“<sup>9</sup> und formuliert im Abschlussbericht, den das Parlament am 12. März 2014 mit großer Mehrheit verabschiedet<sup>10</sup>, eine umfassende Kritik. Für die Durch-

7 Vgl. Europäisches Parlament, Bericht über das Überwachungsprogramm der Nationalen Sicherheitsagentur der Vereinigten Staaten, die Überwachungsbehörden in mehreren Mitgliedstaaten und die entsprechenden Auswirkungen auf die Grundrechte der EU-Bürger und die transatlantische Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres (2013/2188(INI)). Ausschuss für bürgerliche Freiheit, Justiz und Inneres, 21. Februar 2014, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2014-0139+0+DOC+PDF+V0//DE> (Abruf am 29. Juli 2014), S. 28. Siehe auch *Nick Hopkins / Nicholas Watt*, Prism: Ministers Challenged Over GCHQ's Access to Covert US Operation. Government Rounded on After Disclosure That Highly-classified System Supplied Eavesdropping Headquarters with Information, in: The Guardian vom 8. Juni 2013, S. 1.

8 Vgl. Europäisches Parlament, a.a.O. (Fn. 7), S. 54; *Glenn Greenwald*, NSA Collecting Phone Records of Millions of Verizon Customers Daily. Exclusive: Top Secret Court Order Requiring Verizon to Hand Over All Call Data Shows Scale of Domestic Surveillance Under Obama, in: The Guardian vom 6. Juni 2013, S. 1; *ders. / Ewen MacAskill*, NSA Prism Program Taps in to User Data of Apple, Google and Others, in: The Guardian vom 7. Juni 2013, S. 1.

9 *Patrick Beuth*, EU-Ausschuss zu NSA-Skandal: Abrechnung auf 52 Seiten, in: Zeit Online vom 8. Januar 2014, <http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2014-01/berichtsentwurf-eu-ausschuss-nsa-skandal> (Abruf am 25. Juli 2014).

10 Die Annahme erfolgte mit 544 Stimmen, bei 78 Gegenstimmen und 60 Enthaltungen; vgl. Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 12. März 2014, Straßburg 2014, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+PV+20140312+SIT+DOC+PDF+V0//DE&language=DE> (Abruf am 29. Juli 2014), S. 13; Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 12. März 2014, Anlage: Ergebnisse der Abstimmungen, Straßburg 2014, <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bPV%2b20140312%2bRES-VOT%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE&language=DE> (Abruf am 29. Juli 2014), S. 13 ff.

setzung der Empfehlungen ist das EP jedoch auf die Mitgliedstaaten und die Kommission angewiesen. Eigene Kompetenzen im Politikfeld ergeben sich für die europäischen Volksvertreter lediglich über das Mitentscheidungsverfahren, denn seit Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages am 1. Dezember 2009 unterliegt auch die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen der Gemeinschaftsmethode.<sup>11</sup> Dem Rat bleiben aber dennoch Möglichkeiten, davon abweichende intergouvernementale Entscheidungen zu treffen.<sup>12</sup>

Inwiefern Innere Sicherheit grundsätzlich als gesamteuropäische Aufgabe verstanden wird, ergibt sich aus der „Strategie der inneren Sicherheit der Europäischen Union“<sup>13</sup>: Neben Terrorismus, schwerer und organisierter Kriminalität sowie Cyberkriminalität fasst die Strategie gleichsam Gewalt an sich sowie den Katastrophenschutz unter eine europäische Strategie. Innere Sicherheit bedeutet danach Schutz der Menschen und der Grundwerte Freiheit und Demokratie. Hinsichtlich digitaler Sicherheitsmaßnahmen und der Überwachungspraktiken von Geheimdiensten ist hervorzuheben, dass dieser Schutz auch dann gegeben sein soll, wenn „Bürger … sich in einem virtuellen Umfeld wie dem Internet bewegen“<sup>14</sup>.

Insgesamt gestalten politische Akteure über die europäischen Institutionen in umfangreichem Maße europäische und nationale Politiken Innerer Sicherheit. Dies gilt insbesondere für digitale Sicherheitsvorkehrungen und den Informationsaustausch von Diensten. Einschlägig sind hier etwa die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung, das Safe-Harbor-(Austausch personenbezogener Daten) oder das Swift-Abkommen (Austausch von Bankdaten). Solche sicherheitspolitisch relevanten Maßnahmen treffen in den EU-Mitgliedstaaten teils auf sehr unterschiedliche gesellschaftspolitische Resonanz. In Deutschland führen europäische und nationale Politiken Innerer Sicherheit regelmäßig zu einer umfassenden öffentlichen Auseinandersetzung. Zwar befürworten Großteile der Bevölkerung sowie die beiden großen Parteien CDU und SPD üblicherweise sicherheitspolitische Verschärfungen. Aber zugleich verfügen entschiedene Gegner über eine relevante Größe und profitieren sogar von konsensdemokratischen Aushandlungsprozessen. So fungieren etwa kritische Akteure wie der Chaos Computer Club als Experten in Gesetzgebungsprozessen oder sind Gutachter des Bundesverfassungsgerichts.<sup>15</sup>

Neben solchen institutionellen Faktoren prägen auch die historischen Rahmenbedingungen beider Staaten die nationalen politischen und gesellschaftlichen Debatten. So gibt es in Großbritannien und in Deutschland durch die jeweiligen Terrorismuserfahrungen bereits seit den siebziger Jahren einen sukzessiven und umfangreichen Ausbau der Sicher-

11 Für Großbritannien gilt eine Opt-out- beziehungsweise Opt-in-Regelung.

12 Vgl. Antonio-Maria Martino, Die Innere Sicherheit nach dem Vertrag von Lissabon: Grundlagen für eine integrierte europäische Sicherheitspolitik, in: Franco Algieri / Arnold H. Kammerl / Jochen Rehrl (Hrsg.), Integrationsprojekt Sicherheit. Aspekte europäischer Sicherheitspolitik im Vertrag von Lissabon, Baden-Baden 2011, S. 153 – 173.

13 Generalsekretariat des Rates, Strategie für die innere Sicherheit der Europäischen Union: Auf dem Weg zu einem europäischen Sicherheitsmodell, Luxemburg 2010, [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/library/PDF/QC3010313DEC.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/library/PDF/QC3010313DEC.pdf) (Abruf am 30. Juli 2014).

14 Ebenda, S. 12.

15 Vgl. Maria Löblich / Manuel Wendelin, ICT Policy Activism on a National Level: Ideas, Resources and Strategies of German Civil Society in Governance Processes, in: New Media & Society, 14. Jg. (2012), H. 6, S. 899 – 915.

heitsgesetze.<sup>16</sup> Die Anschläge auf die Londoner U-Bahn 2005 haben zudem nochmals einen katalysierenden Effekt auf die britische Sicherheitsgesetzgebung.

In Großbritannien führen die Reaktionen auf Terrorismus und organisierte Kriminalität, insbesondere durch die sehr breite Phänomendefinition, insgesamt zu weitreichenderen Überwachungsmaßnahmen der Gesamtbevölkerung als in Deutschland.<sup>17</sup> Die historischen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen System bewirken in der Bundesrepublik eine höhere Empfindsamkeit gegenüber heimlicher Überwachung sowie der Erhebung und Sammlung personenbezogener Daten. Dies zeigt sich etwa in Diskussionen um das polizeiliche Trennungsgebot, den diversen Urteilen des Bundesverfassungsgerichts (etwa zur Vorratsdatenspeicherung oder zur Volkszählung) oder auch dem medienwirksamen Rücktritt der Bundesjustizministerin *Sabine Leutheusser-Schnarrenberger* 1995 im Zusammenhang mit der Verhandlung der akustischen Wohnraumüberwachung. Gleichwohl sollte der korrigierende Effekt dieser deutschen Rahmenbedingungen nicht ohne Einschränkungen geschehen werden. Denn in beiden Staaten streben die sozialdemokratischen und konservativen Regierungsparteien tendenziell in Richtung einer Ausweitung der Sicherheitsgesetze. Im mehrheitsdemokratischen, vornehmlich auf die temporale Gewaltteilung setzenden, britischen System hat dies einen etwas stärkeren Effekt als im verhandlungsdemokratischen deutschen System.

Parteipolitisch läuft daher die ideologische Trennungslinie in Deutschland „quer zu den etablierten Koalitions- und Lagerstrukturen“<sup>18</sup>. Im Bund streben SPD und CDU in dieselbe sicherheitspolitische Richtung, sie bilden eine latente Große Koalition Innerer Sicherheit.<sup>19</sup> Zwar sind parlamentarische Auseinandersetzungen beider Parteien durchaus konfrontativ aber es wird sehr wohl auch darüber gestritten, wessen ureigenes Politikfeld die Innere Sicherheit ist.<sup>20</sup> Politische Programme und Entscheidungen zur Inneren Sicherheit korrespondieren häufig, insbesondere bei der Kriminalitätsbekämpfung.<sup>21</sup> Das zeigt sich zumeist deutlicher im Bundesrat und der Innenministerkonferenz als während einer Wahlperiode im Bundestag. Auch für die Länderebene ist bereits in den 1980er Jahren nachweisbar, dass sozialdemokratische Landesregierungen restriktiver in ihrer Politik der Inneren Sicher-

16 Vgl. Stephan Büsching, Rechtsstaat und Terrorismus. Untersuchung der sicherheitspolitischen Reaktionen der USA, Deutschlands und Großbritanniens auf den internationalen Terrorismus, Frankfurt am Main u.a. 2009, S. 146; Gert-Joachim Glaesner, Großbritannien: Ein europäischer Sonderweg in der Politik innerer Sicherheit, in: ders. / Astrid Lorenz (Hrsg.), Europäisierung der inneren Sicherheit. Eine Vergleichende Untersuchung am Beispiel von organisierter Kriminalität und Terrorismus, Wiesbaden 2005, S. 85 – 106.

17 Vgl. Roland Sturm, Politik in Großbritannien, Wiesbaden 2009, S. 204.

18 Sebastian Bukow, Vorratsdatenspeicherung in Deutschland – Symbol des sicherheitspolitischen Wandels und des zivilgesellschaftlichen Protests?, in: Mathias Bug / Ursula Münch / Viola Schmid (Hrsg.), Innere Sicherheit – Auf Vorrat gespeichert?, Neubiberg 2011, S. 22 – 55.

19 Vgl. Martin Kutsch, Große Koalition der Inneren Sicherheit? Die gegenwärtige Polizeigesetzgebung der Länder, in: Bürgerrechte & Polizei, 59. Jg. (1998), H. 1, S. 57 – 69.

20 Vgl. etwa die Parlamentsdebatten im Nachklang des 11. September 2001; Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 14/201, Stenographischer Bericht 201. Sitzung, 15. November 2001; vgl. auch Hans-Jürgen Lange, Innere Sicherheit und Wandel von Staatlichkeit, in: Manfred G. Schmidt / Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.), Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949, Wiesbaden 2006, S. 87 – 112.

21 So brachte etwa die Übernahme des zuvor CDU-geführten Bundesministeriums des Inneren durch Otto Schily (SPD) 1998 keine wesentliche Kursänderung mit sich. Stärkere Berücksichtigung fand aber der Opferschutz und die Kriminalitätsprävention.

heit sind als CDU-regierte.<sup>22</sup> Es handelt sich daher keineswegs um ein traditionell konservatives Politikfeld. Vielmehr verweist das sozialdemokratische Staatsverständnis auf einen starken Staat, was sich eben auch im Politikfeld der Inneren Sicherheit widerspiegelt.<sup>23</sup>

Dem stehen die kleineren Fraktionen des Bundestages gegenüber, die gegebenenfalls durch ihre Koalitionsbeteiligungen korrigierend auf die Politikgestaltung wirken können.<sup>24</sup> FDP und Bündnis 90/Die Grünen verfolgen im Politikfeld ein (bürger-)rechtsstaatliches Verständnis.<sup>25</sup> Dieses äußert sich in einer stärkeren Thematisierung individueller Freiheitsrechte, die es vor staatlichen Eingriffen zu schützen gelte. In der bundesrepublikanischen Entwicklung sichtbar wird dies etwa mit der Übernahme des Bundesministeriums des Inneren 1978 durch *Gerhart Baum* (FDP), der „nach und nach begann ..., die Datensammelwut im BKA ebenso wie dessen Allmachts- und Kontrollfantasien zu dämpfen und Kompetenzen zu beschneiden.“<sup>26</sup> Bei den Grünen ist dies Teil ihrer entwicklungsgeschichtlich begründeten, pazifistischen und bürgerorientierten Haltung. Politisch korrigierend wirkt sie 2001/2002 bei der Verhandlung der Sicherheitsgesetze nur teilweise. Grundlegende sicherheitspolitische Entscheidungen – wie etwa zur akustischen Wohnraumüberwachung und den Sicherheitsgesetzen nach dem 11. September 2001 – zeigen vielmehr, dass die linksliberale Tradition von FDP und Bündnis 90/Die Grünen etwas aus dem Blick gerät.<sup>27</sup> Die Linke orientiert sich an sozialistischen Ideologien und präsentiert sich auch in der Inneren Sicherheit als systemkritische Partei. Hier fordert sie die Abschaffung der Geheimdienste und kritisiert den „Ausbau des Überwachungsstaates“<sup>28</sup>. Sie positioniert sich – auch aus ihrer Entwicklungsgeschichte und der latenten Position als Protestpartei heraus – als parlamentarische und außerparlamentarische Opposition, gleichwohl sich hier auch ein parteiinterner Konflikt begründet.

Auch in Großbritannien präsentiert sich der kleine Partner, die Liberal Democrats, in der Regierungskoalition mit den Conservatives tendenziell als Korrektiv in der Inneren Sicherheit, ist aber im Zusammenhang mit den Überwachungspraktiken der Geheimdienste auffallend zurückhaltend. Den programmativen Raum als linke und liberale Alternative zu den großen Parteien besetzen die Liberal Democrats insbesondere seit der Reform der La-

22 Vgl. *Manfried G. Schmidt*, CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt am Main 1980, S. 192 f.; *Mathias Bug / Jasmin Röllgen*, Internal Security Institutions Meeting Internet Governance. A Comparative View on the UK and Germany, in: *Journal of eDemocracy & Open Government*, 3. Jg. (2011), H. 2, S. 59 – 74.

23 Vgl. *Hans-Jürgen Lange*, a.a.O. (Fn. 20), S. 96 f.

24 Der korrigierende Einfluss sollte dennoch nicht überbewertet werden, wie sich bei der Verhandlung der akustischen Wohnraumüberwachung Mitte bis Ende der 90er Jahre oder auch der Beratungen der Sicherheitsgesetze 2001/2002 zeigt.

25 Vgl. *Denzi Anan*, Staatsbilder in den Grundsatzprogrammen deutscher Parteien, in: *Markus Kink / Janine Ziegler* (Hrsg.), Staatsansichten und Staatsvisionen. Ein Politik- und Kulturwissenschaftlicher Querschnitt, Münster 2012, S. 75 – 128.

26 *Klaus Weinhauer*, Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 44, Bonn 2004, S. 219 – 242.

27 Vgl. *Hans-Jürgen Lange*, a.a.O. (Fn. 20), S. 103.

28 Die Linke, Programm der Partei Die Linke. Beschluss des Parteitages der Partei Die Linke vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011, [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm\\_der\\_partei\\_die\\_linke\\_erfurt2011.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/dokumente/programm_der_partei_die_linke_erfurt2011.pdf) (Abruf am 20. August 2014), S. 49.

bour Party in den neunziger Jahren unter *Tony Blair*.<sup>29</sup> Tories und Labour hingegen verfolgen ähnliche sicherheitspolitische Ziele, was sich etwa im Regierungshandeln zur Terrorismusbekämpfung seit den siebziger Jahren zeigt.<sup>30</sup> Ebenso zeigt die inhaltliche Ausrichtung von New Labour an einer Null-Toleranz-Strategie bei der Kriminalitätsbekämpfung die Konvergenz mit der Conservative Party.<sup>31</sup> Als Konkurrenz für Labour und Conservatives wirken bei den Europäischen Parlamentswahlen – insbesondere durch das Verhältniswahl-system – die UKIP und die Green Party. Die UKIP nutzt die politischen und gesellschaftlichen Differenzen zum Europäischen Integrationsprozess als Single-Issue-Partei und stellt ihre Ablehnung gegenüber Europa in den Mittelpunkt ihrer Europäischen Wahlprogrammatik.<sup>32</sup> Entsprechend hat sie dort eine recht schwach ausgeprägte Position zur Inneren Sicherheit, behandelt aber Fragen der Grenzsicherung zum Zwecke der Einwanderungskontrolle und -reduktion.<sup>33</sup> Grundsätzlich steht die UKIP für eine Verschärfung der Sicherheitsgesetzgebung sowie eine Verringerung der bürgerlichen Freiheitsrechte und positioniert sich als rechte Alternative zur Conservative Party.<sup>34</sup> Dem gegenüber gilt die Green Party als linke Alternative vor allem der Liberal Democrats und der Labour Party.<sup>35</sup>

Die programmatische Ausrichtung von Tories und Labour entspricht den Erwartungen ihrer Wählerschaft, was für Deutschland nicht in diesem Maße gilt: „Während sowohl Conservatives als auch Labour durch eine zu lasche Politik in der Inneren Sicherheit Gefahr laufen, deutlich mehr Wähler zu vergrätzen als zu gewinnen, muss die Analyse für Deutschland etwas differenzierter ausfallen.“<sup>36</sup> Zwei Bevölkerungsumfragen in Deutschland und in Großbritannien zur Sicherheit im öffentlichen Raum geben Auskunft über das Wechselwählerpotenzial bei diesen Themen.<sup>37</sup>

29 Vgl. Roland Sturm, a.a.O. (Fn. 17), S. 161 f.

30 Vgl. Stephan Büsching, a.a.O. (Fn. 16), S. 146; Gert-Joachim Glaeßner, a.a.O. (Fn. 16), S. 90.

31 Vgl. Roland Sturm, a.a.O. (Fn. 17), S. 166; Paul Anderson / Nyata Mann, Safety First. The Making of New Labour, London 1997, S. 385.

32 Vgl. André Kaiser, Parteien und Wahlen, in: Hans Kastendiek / Roland Sturm (Hrsg.), Länderbericht Großbritannien, Opladen 2007, S. 181 – 204.

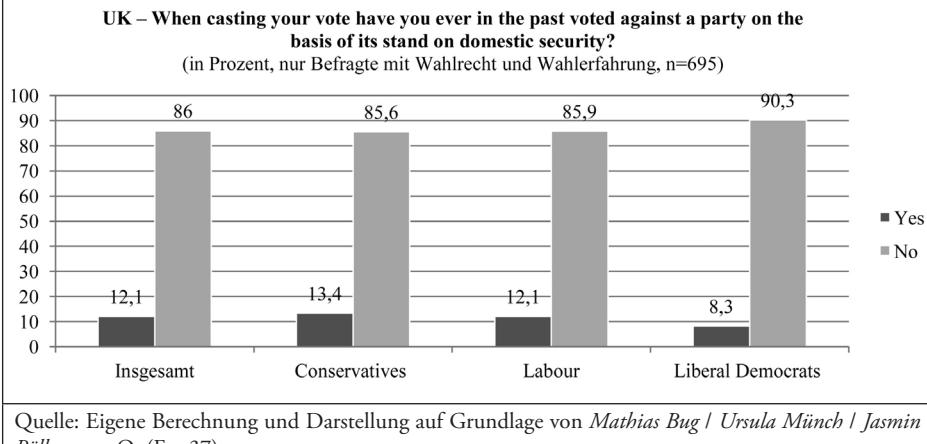
33 Vgl. Paul Webb / Tim Bale, Why Do Tories Defect to UKIP? Conservative Party Members and the Temptations of the Populist Radical Right, in: Political Studies, 62. Jg. (2014), Online-Version, S. 1 – 10.

34 Vgl. UKIP, UKIP Manifesto. Empowering the People, <http://www.politicsresources.net/area/uk/ge10/man/parties/UKIPManifesto2010.pdf> (Abruf am 18. August 2014), S. 6.

35 Vgl. Ian Sinclair, Why Does the Left Ignore the True Progressive Party – the Greens? The Party's Positions on Public Services, the Environment and Defence Make it a Clear Alternative to Labour and the Lib Dems, in: The Guardian Online vom 6. Januar 2014, <http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jan/06/left-ignoring-true-progressive-party-greens> (Abruf am 18. August 2014); Richard Heller, The Green Party are now the Real Threat to Labour, in: politics.co.uk vom 20. Mai 2014, <http://www.politics.co.uk/comment-analysis/2014/05/20/comment-the-green-party-are-now-the-real-threat-to-labour> (Abruf am 18. August 2014).

36 Mathias Bug, Innere Sicherheit – digital und vernetzt, in: Jasmin Röllgen (Hrsg.), „Wie die Statistik belegt...“ Zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht und (Un-)Sicherheit, 5. SIRA Conference Series, Neubiberg 2014, <http://athene.bibl.unibw-muenchen.de:8081/node?id=92194> (Abruf am 20. August 2014), S. 45 – 70, S. 64.

37 Vgl. Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen, SIRA-Koppeldatensatz der Bevölkerungsumfragen in Deutschland und Großbritannien zum Thema Sicherheit im Öffentlichen Raum, Neubiberg 2012, bisher unveröffentlichter Datensatz des Teilprojektes 7 aus dem BMBF-geförderten Verbundprojekt SIRA (2010 bis 2013); vgl. <http://www.sira-security.de/forschungsschwerpunkte/tp7-institutionelle-regime/> (Abruf am 30. Juli 2014).

**Abbildung 1:** Wechselwählerpotenzial britischer Parteien bei Fragen Innerer Sicherheit

Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Grundlage von *Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen, a.a.O. (Fn. 37)*.

Abbildung 1 und Abbildung 2 zeigen, dass das Wechselwählerpotenzial für Sicherheitsfragen in Großbritannien mit 12,1 Prozent etwas niedriger liegt als in Deutschland mit 17,6 Prozent. Für beide Staaten wird aber ein solches Potenzial in nicht unerheblicher Größe für das Politikfeld Innere Sicherheit ersichtlich.

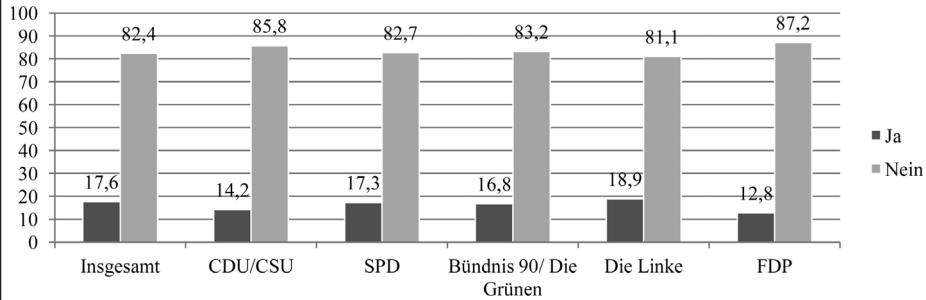
Jedoch begründen die britischen und deutschen Wähler ihre Entscheidung unterschiedlich. In Großbritannien sind etwa zwei Drittel der sicherheitssensiblen Wähler bereit, sich für eine andere Partei zu entscheiden, wenn ihnen die Forderungen zur Inneren Sicherheit nicht weit genug gehen<sup>38</sup> – bei Conservatives und Labour gilt dies in besonderem Maße, denn dort sind es sogar Dreiviertel. In Deutschland trifft dies nur auf ein Drittel zu. Es fällt auf, dass lediglich bei CDU- und CSU-Wählern eine Mehrheit der sicherheitssensiblen Wechselwähler Anstoß an einer lasch empfundenen Politik der Inneren Sicherheit nimmt. Bei der SPD ist es ein gutes Drittel der wechselbereiten Anhängerschaft. Unter den sicherheitssensiblen Wechselwählern der kleineren deutschen Parteien – Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke – liegen die Werte nochmals niedriger, denn hier ist nur knapp ein Viertel willig, gegen die eigentliche Parteipräferenz zu stimmen, weil ihnen die Forderungen in der Inneren Sicherheit nicht weit genug gehen.

Die beiden großen britischen Parteien können folglich eher Wählerstimmen gewinnen, wenn sie weitreichende Maßnahmen für die Innere Sicherheit fordern. In Deutschland ist dies nur bei der CDU und der CSU gegeben. Die SPD sowie die kleineren Parteien laufen hingegen Gefahr, Wählergruppen zu verlieren.

38 Hier wurden all jene befragt, die auch angaben, sich schon mal gegen eine Partei wegen ihrer Forderungen im Bereich der Inneren Sicherheit entschieden zu haben; vgl. *Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen, a.a.O. (Fn. 37)*.

**Abbildung 2: Wechselwählerpotenzial deutscher Parteien bei Fragen Innerer Sicherheit**

**Deutschland – Haben Sie sich bei der Wahlentscheidung bisher schon einmal gegen eine Partei wegen ihrer Forderungen im Bereich der Inneren Sicherheit entschieden?**  
 (in Prozent, nur Befragte mit Wahlrecht und Wahlerfahrung, n=1.159)



Quelle: Eigene Berechnung und Darstellung auf Grundlage von *Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen*, a.a.O. (Fn. 37).

### 3. Innere Sicherheit als Programmfpunkt der Parteien bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2014

Im Folgenden werden die Programme der deutschen Parteien CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP hinsichtlich ihrer Themensetzung zur Inneren Sicherheit untersucht. Zum Vergleich werden die Programme der britischen Conservative Party (Cons), Labour Party (Lab), Liberal Democrats (Lib Dem), Green Party (Greens) und United Kingdom Independence Party (UKIP) herangezogen.<sup>39</sup>

Die deutschen Parteien thematisieren IKT-basierte Sicherheitsmaßnahmen, Überwachungspraktiken von Geheimdiensten und Datenschutzfragen durchweg wesentlich häufiger als die britischen. Tabelle 1 zeigt die Häufigkeiten in Prozent, mit denen das Politikfeld Innere Sicherheit in den jeweiligen Wahlprogrammen angesprochen wird. Die Werte verweisen auf den Anteil am Gesamtwahlprogramm.<sup>40</sup> Die Inhalte der „klassischen Inneren Sicherheit“ beziehen sich auf Maßnahmen zur Strafverfolgung, wie den Europäischen Haftbefehl, die Kriminalisierung und Entkriminalisierung bestimmter Bereiche wie etwa des Drogenkonsums und große Deliktbereiche wie Menschenhandel, Organisierte Kriminalität oder Terrorismus. „IKT und Überwachung“ beinhalten die Überwachungspraktiken US-amerikanischer und europäischer Geheimdienste, Fragen des Schutzes oder der Einschränkung individueller Freiheitsrechte sowie den Umgang mit personenbezogenen Daten und Maßnahmen, denen Informations- und Kommunikationstechnologien zugrunde liegen,

39 Es wurden für beide Staaten fünf Parteien ausgewählt, die zum einen bereits in der vergangenen Wahlperiode (2009 bis 2014) im Europäischen Parlament vertreten waren und zum zweiten 2014 die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnten. Ausgenommen ist hiervon die FDP, die als liberale Kraft in Deutschland anstatt der CSU betrachtet wird. Diese konnte bessere Wahlergebnisse verbuchen als die FDP.

40 Da sich die Wahlprogramme im Umfang teils erheblich unterscheiden, fallen auch die absoluten Häufigkeiten anders aus.

wie etwa die Vorratsdatenspeicherung oder der Datenaustausch zwischen Diensten. Für die Betrachtung der Debatte um den NSA-Skandal ist es sinnvoll, diese Themenbereiche zusammenzufassen, da geheimdienstliche Überwachung zumeist mittels Informations- und Kommunikationstechnologie erfolgt. Hierdurch fallen Daten an, die personenbezogen sind und somit den Bereich des Datenschutzes tangieren. Die Tabelle weist aus zwei Gründen quantitativ keine programmatiche Richtung der Themensetzung aus. Erstens liegt das Augenmerk darauf, in welchem Maße IKT und Überwachung überhaupt salient sind und in die Manifeste einfließen, und zweitens würde die Darstellung der Forderungen auf der Angebotsseite auch verlangen, dass diesen die (quantifizierten) Erwartungen auf der Nachfrageseite gegenübergestellt werden. Hier stehen aber keine Daten zur Verfügung. Grundsätzlich ist es möglich, dass in Reaktion auf die Überwachung außereuropäischer Geheimdienste sowohl mehr als auch weniger Sicherheitsmaßnahmen gefordert werden. Im Folgenden wird – für ein vollständigeres Bild – qualitativ auf die unterschiedliche Themenbesetzung eingegangen.

*Tabelle 1: Anteile des Themas Innere Sicherheit an den Wahlprogrammen zum Europäischen Parlament 2014 der britischen und deutschen Parteien (in Prozent)*

	CDU	SPD	Grüne	Linke	FDP	Cons	Lab	Lib Dem	Greens	UKIP
Klassische Innere Sicherheit	3,7	0,5	2,0	2,6	1,0	6,5	6,2	7,0	1,5	2,0
IKT und Überwachung	4,3	2,8	2,2	2,1	5,7	0	0	0,7	2,2	0
Gesamt	8,0	3,3	4,2	4,7	6,7	6,5	6,2	7,7	3,7	2,0

Anmerkung: Die relativen Anteile wurden wie folgt ermittelt: Sätze oder Satzteile, die in den Wahlprogrammen durch Doppelpunkt, Semikolon, Punkt, Ausrufezeichen oder Fragezeichen getrennt sind, wurden als je eine Zähleinheit begriffen. Auch wurden Überschriften und Zwischengliederungspunkte als eigenständige argumentative Ausdrücke gezählt. Sie gelten jeweils als eine Zähleinheit. Inhaltsverzeichnisse, Glossare u.ä. gelten nicht als Sätze oder Quasi-Sätze. Es erfolgte jeweils eine einmalige und feste Zuordnung von Aussagen entweder zum Bereich „klassische Innere Sicherheit“ oder „IKT und Überwachung“ (IKT = Informations- und Kommunikationstechnologien).

Quelle: Eigene Berechnung auf Grundlage der Wahlprogramme 2014.

Die FDP formuliert mit 5,7 Prozent Anteil am Europamanifest das umfassendste Programm zum Umgang mit Geheimdienstaktivitäten.<sup>41</sup> Sie positioniert sich deutlich gegenüber der „illegalen Überwachung durch Nachrichtendienste“<sup>42</sup>, fordert ein „Verbot der Spionage innerhalb der EU“<sup>43</sup> und kritisiert explizit britische und US-amerikanische Geheimdienstaktivitäten. Die Partei moniert die pauschale Verdächtigung aller Bürger und die weitgehend demokratisch nicht kontrollierten Aktivitäten der Nachrichtendienste. Auch plädiert sie dafür, das Freihandelsabkommen TTIP gemeinsam mit einem Datenschutzabkommen zu verhandeln. Außerdem fordert sie eine Zurücknahme von digitalen Sicherheitsmaßnahmen sowie die Abschaffung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung.

41 FDP, Das braucht Europa. Programm der Freien Demokratischen Partei für die Wahl zum VIII. Europäischen Parlament 2014. Beschluss des Europaparteitages der FDP, Bonn 19. Januar 2014, <http://www.fdp.de/files/5620/EPT-Europawahlprogramm.pdf> (Abruf am 25. April 2014).

42 Ebenda, S. 9.

43 Ebenda, S. 11.

Auch die CDU bezieht mit 4,3 Prozent Anteil am Wahlprogramm eine recht umfassende Position zum Themenfeld IKT und Überwachung. Sie spricht zwar nicht ausdrücklich die NSA-Affäre oder die USA an, verweist aber darauf, dass „wirksamer Datenschutz ... auch den Schutz vor dem Ausspähen durch fremde Nachrichtendienste“<sup>44</sup> umfasse. Die CDU sieht den Spionageschutz zudem als Standortfaktor zum Erhalt der „Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Wirtschaft“<sup>45</sup>. Hieraus leitet sie die Forderung nach einem gemeinsamen, europäischen Vorgehen von Staat, Wirtschaft und Forschung ab. Ebenso hält sie eine „engere Zusammenarbeit der europäischen Sicherheitsbehörden“<sup>46</sup> zur Spionageabwehr für nötig. Die Schlussfolgerungen aus den „Spähangriffen fremder Nachrichtendienste“<sup>47</sup> weisen damit in eine etwas andere Richtung als die der FDP. Fordert diese eine Zurücknahme von Maßnahmen und die Forschungsförderung für Datenschutztechnologien, so spricht die CDU von Sicherheitsstrategien und Sicherheitslösungen im Netz. Auch unterstreicht sie erneut die Bedeutung der Vorratsdatenspeicherung für die Strafverfolgung.<sup>48</sup>

Die SPD verwendet in ihrem verhältnismäßig kurzen Europawahlprogramm von insgesamt dreizehn Seiten 2,8 Prozent auf den Bereich IKT-basierter Sicherheitsmaßnahmen und die Überwachungspraktiken fremder Nachrichtendienste. Für die SPD darf „die NSA-Affäre ... nicht ohne Folgen bleiben“<sup>49</sup>. Es sei eine gemeinsame Antwort Europas erforderlich. Das Manifest geht aber nicht näher auf die Ausgestaltung eines Schutzes von Bürgern vor den „Spähattacken anderer Staaten“<sup>50</sup> ein.

Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke befassen sich in gleichem Umfang (2,2 bzw. 2,1 Prozent des Wahlprogramms) mit den Überwachungsaktivitäten und den etwaigen Folgen. Beide Parteien fordern in ihren sehr umfangreichen Wahlprogrammen eine umfassende Aufklärung der Ereignisse: Es bedürfe einer grundlegenden Debatte über die Arbeit der Geheimdienste sowie einer „Neuaufstellung“<sup>51</sup> der Dienste, schreiben Bündnis 90/Die Grünen. Auch wollen sie im EP einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Die Linke hingegen verlangt eine Auflösung der Geheimdienste, die Grünen eine Geheimdienstkontrolle und Spionageabwehr auf europäischer Ebene.<sup>52</sup> Außerdem setzten sich beide für den

<sup>44</sup> CDU, „Gemeinsam erfolgreich in Europa“. Europapolitischer Beschluss des 26. Parteitages der CDU Deutschlands, Berlin 5. April 2014, <https://www.cdu.de/sites/default/files/media/140405-beschluss-gemeinsam-erfolgreich-in-europa.pdf> (Abruf am 15. Mai 2014), S. 73.

<sup>45</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>46</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>47</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>48</sup> Vgl. ebenda, S. 71.

<sup>49</sup> SPD, Europa eine neue Richtung geben. Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014, Beschluss Nr. 6 des außerordentlichen Parteitags der SPD, Leitantrag Europa, Berlin 26. Januar 2014, [http://www.spd.de/linkableblob/118758/data/20140409\\_wahlprogramm\\_europa.pdf](http://www.spd.de/linkableblob/118758/data/20140409_wahlprogramm_europa.pdf) (Abruf am 25. April 2014), S. 11.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 11.

<sup>51</sup> Bündnis 90/Die Grünen, Europa mitentscheiden, erneuern, zusammenhalten. Europawahlprogramm 2014. Beschluss der 37. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, Dresden 7. bis 9. Februar 2014, [http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Europawahlprogramm-2014.pdf) (Abruf am 25. April 2014), S. 86.

<sup>52</sup> Die Linke, Europa geht anders: sozial, friedlich, demokratisch. Beschluss des Europaparteitages, Hamburg 15. Februar 2014, [http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014\\_deutsch/europawahlprogramm2014\\_langfassung.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2014/download/europawahlprogramm2014_deutsch/europawahlprogramm2014_langfassung.pdf) (Abruf am 25. April 2014), S. 4; vgl. Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51), S. 87.

Schutz von so genannten Whistleblowern ein.<sup>53</sup> Sie fordern, dass transatlantische Abkommen zum Datenaustausch, wie etwa zu Bankdaten (Swift-Abkommen) und Fluggastdaten (PNR-Abkommen), ausgesetzt und neu verhandelt<sup>54</sup> oder evaluiert<sup>55</sup> werden. Die Datenschutzbeauftragten in Europa wollen sie stärken und die europäische Förderung von Forschungen zur Überwachungstechnologie begrenzen<sup>56</sup> oder beenden.<sup>57</sup>

Die deutschen Parteien stimmen darin überein, dass es eines starken europäischen Datenschutzes bedarf. Betrachtet man die parlamentarischen Bemühungen um eine europäische Datenschutz-Grundverordnung, entsprechen die Forderungen auch dem politischen Handeln: Am 21. Oktober 2013 nimmt das EP den im Innen- und Justizausschuss überarbeiteten Entwurf für eine Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Kommission in erster Lesung an.<sup>58</sup> Im Rat hingegen wird diese Verordnung kontrovers diskutiert, und sowohl Deutschland als auch Großbritannien äußern hier grundlegende Bedenken.<sup>59</sup>

Den weitreichendsten Schritt im Nachklang der NSA-Affäre formuliert Die Linke, indem sie die Auflösung der Dienste verlangt. Aber insgesamt beziehen alle Parteien – abgesehen von der SPD, die kaum konkretisiert – recht klar Position in der Sache, wobei die Konnotationen unterschiedlich ausfallen. So nimmt die CDU mit Formulierungen wie „Vertrauen in den Datenschutz wieder herstellen“<sup>60</sup> und einer expliziten Befürwortung der Vorratsdatenspeicherung wohl die moderateste Position ein. Aber auch sie stellt beispielsweise das Safe-Harbor-Abkommen infrage und spricht sich für eine „verantwortungsvolle Datenpolitik“<sup>61</sup> aus. Insgesamt verfassen FDP, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die inhaltlich umfassendsten Aussagen in der Sache, mit klaren Empfehlungen und Forderungen.

Die klassische Themensetzung zur Inneren Sicherheit zeigt teils erhebliche Unterschiede zwischen den Manifesten der deutschen Parteien. Hier hat die CDU mit 3,7 Prozent den höchsten Anteil zur Kriminalitätsbekämpfung verfasst. Sie konzentriert sich auf fünf Bereiche: Grenzkontrollen und Schutz der Außengrenzen, grenzüberschreitende Kriminalität und organisierte Kriminalität sowie Zusammenarbeit der verschiedenen Sicherheitsbehörden. Die Partei verdeutlicht in ihrem Wahlprogramm, dass ihr die Kriminalität „von außen“ – die außerhalb der deutschen oder europäischen Grenzen ihren Ursprung hat – ein besonderes Anliegen ist.

Die SPD hingegen, die bei bundesdeutschen Fragen der Inneren Sicherheit üblicherweise einen ähnlichen Kurs wie die CDU einschlägt, spricht Fragen der Strafverfolgung oder Strafverhütung im Grunde nicht an. Lediglich an einer Stelle verweist das Programm auf die Sicherheitsbehörde Frontex und deren Aufgabenerweiterung im Bereich der Grenzsicherung. Auch die FDP formuliert nur wenige Aussagen zum klassischen Aufgabenbereich der Inne-

53 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51), S. 86 f.; Die Linke, a.a.O. (Fn. 52), S. 43 f.

54 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51), S. 86.

55 Vgl. Die Linke, a.a.O. (Fn. 52), S. 43 f.

56 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51), S. 118.

57 Vgl. Die Linke, a.a.O. (Fn. 52), S. 44.

58 Vgl. Europäisches Parlament, a.a.O. (Fn. 10), S. 2.

59 Vgl. Claus Hecking, EU-Ministerrat: Deutsche Beamte bremsen Europas Datenschutz aus, in: Spiegel Online vom 2. Dezember 2013, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/deutsche-beamte-bremsen-europas-datenschutz-aus-a-936704.html> (Abruf am 20. Juli 2014).

60 CDU, a.a.O. (Fn. 44), S. 70.

61 Ebenda.

ren Sicherheit. Die Partei betont zum einen beim Thema Menschenhandel den Opfer- und Zeugenschutz und zum anderen die europäische Grenzsicherung durch Frontex.

Bündnis 90/Die Grünen hebt hervor, dass die polizeiliche und justizielle Kooperation seit dem Vertrag von Lissabon eine Gemeinschaftsangelegenheit sei und dass diese europäische Politikgestaltung und grenzüberschreitende Kooperation eine Erweiterung der Kontrollbefugnisse des Europäischen Parlaments erfordere.<sup>62</sup> Die Partei widmet sich zudem umfassend der Entkriminalisierung des Drogenkonsums, hier solle es Regulierung und keine Repression geben.<sup>63</sup> Auch äußern sich die Grünen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Die Linke verwendet zwei Prozent ihres Europawahlprogramms auf klassische Themen der Inneren Sicherheit und positioniert sich hier ähnlich wie die Grünen. Die Befugnisse europäischer Behörden wie Frontex und Europol sollen zurückgefahren und parlamentarisch kontrolliert, gegebenenfalls sollen diese Behörden auch aufgelöst werden.<sup>64</sup> Außerdem fordert die Partei eine regulierende statt kriminalisierende Drogenpolitik.<sup>65</sup>

Die deutschen Wahlprogramme unterscheiden sich deutlich von denen der britischen Parteien. Lediglich die Green Party schlägt einen vergleichbaren Kurs ein und verwendet 2,2 Prozent ihres Wahlprogramms auf Antworten zu Überwachungspraktiken der Geheimdienste. Auch sie tritt für ein Ende der Vorratsdatenspeicherung und für die Aussetzung des PNR-Abkommens ein. Sie spricht sich gegen Überwachungs- und Zensurtechnologien aus und will stattdessen Gesetzgebungen unterstützen, die die individuelle Anonymität im Netz, Kryptotechnologie sowie die Datenverarbeitung transparent und sicher gestalten.<sup>66</sup> Zum Themenfeld der klassischen Inneren Sicherheit hat die Green Party – mit 1,5 Prozent – im Verhältnis zu den übrigen betrachteten britischen Parteien den geringsten Anteil im Wahlprogramm. Ähnlich wie Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke betont sie die demokratische Kontrolle von europäischen Sicherheitsbehörden und hebt hervor, dass Europol den EU-Bürgern verpflichtet sei und lediglich eine Unterstützung für nationale Behörden darstellen dürfe.<sup>67</sup> Hinsichtlich der klassischen Polizeikompetenz stellen die britischen Grünen eine Mittlerposition zwischen Liberal Democrats auf der einen Seite und der Labour Party und Conservative Party auf der anderen Seite dar: Sie plädieren dafür, die Rolle europäischer Polizeibehörden auf ein Minimum zu reduzieren und die Kontrolle der Sicherheitsorgane sowohl nationalstaatlich als auch europäisch zu gewährleisten. Die Liberal Democrats hingegen befürworten nachdrücklich eine europäische Strafverfolgung mittels Europol und dem Europäischen Haftbefehl. Die Labour Party und die Conservative Party stehen dieser Position tendenziell konträr gegenüber. Die Zusammenarbeit mit europäischen Institutionen solle nur operativer Art sein. Darüber hinaus aber gelte, dass Großbritannien die Kontrolle über das Rechtssystem und die Strafjustiz haben müsse.<sup>68</sup>

62 Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51), S. 81.

63 Vgl. ebenda, S. 85.

64 Vgl. Die Linke, a.a.O. (Fn. 52), S. 38, S. 48.

65 Vgl. ebenda, S. 42.

66 Vgl. Green Party, Real Change. Manifesto for the European Parliament Elections 2014, London 2014, <http://greenparty.org.uk/assets/files/European%20Manifesto%202014.pdf> (Abruf am 20. Juli 2014), S. 33.

67 Vgl. ebenda, S. 32.

68 Vgl. Conservative Party, Conservative Party European Election Manifesto 2014, <http://www.conservatives.com/~/media/Files/Downloadable%20Files/MANIFESTO%202014/Large%20>

Insgesamt finden sich in den Wahlprogrammen der Labour Party und der Conservative Party ähnliche Anteile für den Themenbereich der Inneren Sicherheit. Dies gilt sowohl für die klassischen Fragen als auch für die Überwachungstätigkeit von Nachrichtendiensten: Für erstere nutzt Labour 6,2 Prozent des Wahlprogramms und die Tories 6,5 Prozent. Die Ausspähung von Bürgern und Politikern in Europa spricht hingegen keine der beiden an. Stattdessen konzentrieren sie sich darauf, allgemein eine ihres Erachtens notwendige Begrenzung des Einflusses der EU im Politikfeld Innere Sicherheit hervorzuheben. Zudem koppeln sie Asylfragen an Themen der Inneren Sicherheit.<sup>69</sup> Insgesamt stellt die Conservative Party klar, dass sie die Partei der Inneren Sicherheit sei.<sup>70</sup> Ihre Schwerpunkte legt sie auf die Reform des Europäischen Haftbefehls und auf ihre Entscheidung, von der Opt-Out-Möglichkeit in Polizei- und Strafrechtsfragen Gebrauch gemacht zu haben. Die Labour Party hebt demgegenüber die transnationale Kriminalität hervor und verweist auf Erfolge in der Strafverfolgung eben durch den Europäischen Haftbefehl.

In Großbritannien formulieren die Liberal Democrats mit sieben Prozent Anteil das umfassendste Programm zu den traditionellen Themenbereichen der Inneren Sicherheit. Die Partei formuliert Aussagen zur Notwendigkeit einer europäischen Kooperation, konzentriert sich aber insbesondere auf den Schutz der Bürgerrechte durch eine effektive europäische Strafverfolgung und einheitliche europäische Regeln, mit denen die Rechte britischer Verdächtiger im europäischen Ausland gewährleistet würden. Am wenigsten befasst sich die UKIP mit dem Thema Innere Sicherheit. Das äußerst kurze Wahlprogramm – es umfasst sechs Seiten, davon teilweise ganzseitige Fotos mit Zitaten – spricht die Überwachung durch Geheimdienste nicht an und beinhaltet lediglich zwei Aussagen zur Inneren Sicherheit: Gefangene sollen kein Wahlrecht erhalten, und die EU kontrolliere auch mit der Inneren Sicherheit Bereiche, die weit über eine Wirtschaftsunion hinausgingen.<sup>71</sup> Insgesamt konzentriert die UKIP ihr Wahlprogramm auf zwei Felder: den EU-Austritt und das Unterbinden vermeintlicher Armutszuwanderung nach Großbritannien. Sie drängt damit offenkundig vor allem die Tories dazu, zumindest Migrations- und Asylfragen stärker zu thematisieren als 2009.<sup>72</sup> Bei den Mitgliedern der Conservative Party – und nicht nur bei der Wählerschaft – gibt es durchaus Wechselpotenzial hin zur UKIP. Hierbei handelt es sich um Mitglieder, die insbesondere um die Integrationsentwicklung der EU und die Immigration nach Großbritannien besorgt sind. Insgesamt sind die britischen Wahlprogramme stärker an der nationalen Politik ausgerichtet, als dies für die Manifeste der untersuchten deutschen Parteien der Fall ist.<sup>73</sup>

Print%20Euro%20Manifesto\_English.ashx (Abruf am 20. Juli 2014), S. 41 – 44; Labour Party, The Labour Party European Manifesto, 2014, [http://www.yourbritain.org.uk/uploads/editor/files/LABOUR\\_PARTY\\_euro\\_manifesto.pdf](http://www.yourbritain.org.uk/uploads/editor/files/LABOUR_PARTY_euro_manifesto.pdf) (Abruf am 20. Juli 2014), S. 14.

69 Vgl. Conservative Party, a.a.O. (Fn. 68), S. 43 f.; Labour Party, a.a.O. (Fn. 68), S. 14.

70 Vgl. Conservative Party, a.a.O. (Fn. 68), S. 41.

71 Vgl. UKIP, Create an Earthquake. UKIP Manifesto 2014, <http://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/themes/5308a93901925b5b09000002/attachments/original/1398869254/EuroManifesto-Launch.pdf> (Abruf am 31. Juli 2014), S. 4, S. 6.

72 Vgl. Conservative Party, Vote for Change. European Election Manifesto 2009, London 2009, <http://www.conervatives.com/-/media/Files/Downloadable%20Files/Euro%20Election%202009/euro-manifesto.ashx> (Abruf am 31. Juli 2014), S. 5, S. 24.

73 Vgl. CDU, a.a.O. (Fn. 44); SPD, a.a.O. (Fn. 49); Bündnis 90/Die Grünen, a.a.O. (Fn. 51); Die Linke, a.a.O. (Fn. 52); FDP, a.a.O. (Fn. 41); Conservative Party, a.a.O. (Fn. 68); Labour Party, a.a.O. (Fn. 68); Green Party, a.a.O. (Fn. 66); UKIP, a.a.O. (Fn. 71).

Zieht man die EP-Wahlen 2009 als Vergleichsfolie hinzu, so zeigt sich die Varianz nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen beiden Wahlen. Interessanterweise formulieren die Labour Party und die Conservative Party im Jahr 2009 mehr Argumente zum Themenfeld IKT und Überwachung als 2014: Labour lobt den Datenaustausch zwischen Diensten, und die Conservatives wollen sich dort für einen gewissenhaften Datenumgang einsetzen, wo personenbezogene Informationen durch europäische Sicherheitsbehörden verarbeitet werden.<sup>74</sup> Auch die Liberal Democrats positionieren sich 2009 klarer für Datenschutzmaßnahmen; insbesondere müsse es Schutzmechanismen beim Austausch personenbezogener Daten mit Staaten außerhalb der Europäischen Union geben.<sup>75</sup> Im Vergleich zu 2014 setzt sich die Green Party in ihrem Wahlmanifest von 2009 intensiver mit dem Thema der klassischen Inneren Sicherheit auseinander als mit spezifischen IKT-basierten Sicherheitsmaßnahmen, Datenschutz und Überwachung. So thematisiert sie etwa 2009 nicht die Vorratsdatenspeicherung, verweist aber darauf, dass „unnötige Überwachung“<sup>76</sup> und Datenaustausch begrenzt werden sollen. Der stärkere Fokus auf klassische Polizeiarbeit kann mit dem Tod von *Ian Tomlinson* begründet werden, der 2009 bei Protesten zum G-20 Gipfel stirbt.<sup>77</sup>

Die CDU sieht 2009 Fragen zur digitalen Sicherheit vornehmlich im Lichte der Bekämpfung illegaler Internetinhalte.<sup>78</sup> Zudem verweisen die Christdemokraten knapp darauf, dass sie für ein hohes europäisches Datenschutzniveau eintreten. Auch die SPD spricht 2009 den Datenschutz in ihrem Manifest an, nicht aber 2014.<sup>79</sup> Insgesamt nimmt die Innere Sicherheit 2009 einen größeren Anteil am Wahlprogramm der SPD ein. Im Fokus stehen Terrorismus, organisierte Kriminalität und illegale Migration. Die Programme von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP haben 2009 und 2014 jeweils den gleichen Grundton: Beide Parteien setzen sich 2009 und 2014 gegen die Vorratsdatenspeicherung und für eine Verbesserung des europäischen Datenschutzes ein.<sup>80</sup> Auch Die Linke plädiert 2009

<sup>74</sup> Vgl. Labour Party, Winning the Fight for Britain's Future. European Elections 2009, [http://www.euroelection.co.uk/static/manifesto/labour\\_2009euro.pdf](http://www.euroelection.co.uk/static/manifesto/labour_2009euro.pdf) (Abruf am 31. Juli 2014), S. 19; Conservative Party, a.a.O. (Fn. 72), S. 20.

<sup>75</sup> Vgl. Liberal Democrats, Stronger Together, Poorer Apart. The Liberal Democrat Manifesto for the 2009 Elections to the European Parliament, London 2009, <http://libdemmps.com/wp-content/uploads/2011/10/liberal-democrat-european-election-manifesto-2009-copy.pdf> (Abruf am 31. Juli 2014), S. 8.

<sup>76</sup> Vgl. Green Party, „It's the Economy, Stupid“. The Green Party Manifesto for the European Parliament Elections 2009, London 2009, [http://greenparty.org.uk/assets/files/EU\\_Manifesto\\_2009.pdf](http://greenparty.org.uk/assets/files/EU_Manifesto_2009.pdf) (Abruf am 31. Juli 2014), S. 28.

<sup>77</sup> Vgl. ebenda, S. 22.

<sup>78</sup> Vgl. CDU, Starkes Europa – Sichere Zukunft. Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009, Berlin 16. März 2009, [http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme\\_Europaparlament/Programm\\_Europawahl2009.pdf](http://www.kas.de/upload/ACDP/CDU/Programme_Europaparlament/Programm_Europawahl2009.pdf) (Abruf am 31. Juli 2014), S. 10.

<sup>79</sup> Vgl. SPD, Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Für Europa: stark und sozial!, [http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest\\_2009\\_final.pdf](http://library.fes.de/prodok/ip-02017/europamanifest_2009_final.pdf) (Abruf am 27. Juli 2014), S. 16.

<sup>80</sup> Vgl. für 2009: FDP, Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009, beschlossen auf dem Europaparteitag am 17. Januar 2009 in Berlin, Berlin 2009, <http://www.lambsdorffdirekt.de/de/files/content/pdf/eu-programm.pdf> (Abruf am 31. Juli 2014), S. 37 ff.; Bündnis 90/Die Grünen, Volles Programm. Mit Wums! für ein besseres Europa. Beschluss der 29. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen am 23. bis 25. Januar 2009, Dortmund 2009,

gegen die sicherheitsbehördliche Nutzung digitalisierter Daten und die verdachtsunabhängige Speicherung von Verkehrsdaten.<sup>81</sup>

### *3. Die öffentliche Einschätzung der Überwachungspraktiken europäischer und US-amerikanischer Geheimdienste*

Die öffentliche Anteilnahme und mediale Berichterstattung fällt in Deutschland und in Großbritannien jeweils unterschiedlich aus. Das erklärt sich – wie eingangs dargestellt – auch durch historische, kulturelle und institutionelle Besonderheiten beider Staaten. Das im Folgenden aufgezeigte Meinungsbild basiert auf britischen und deutschen Umfragen in zeitlicher und inhaltlicher Kopplung zum Bekanntwerden der Überwachungspraktiken europäischer und US-amerikanischer Geheimdienste. Der Wortlaut der Fragen und die Stichproben sind jeweils unterschiedlich, was die Vergleichbarkeit einschränkt. Der Vorteil liegt jedoch in der Möglichkeit einer parteipolitischen Differenzierung des Antwortverhaltens innerhalb der Vergleichsfälle.

Betrachtet man zunächst die gesamtgesellschaftliche öffentliche Einschätzung in Deutschland und in Großbritannien unabhängig von den Parteidokumenten der Wähler, so zeigen sich bereits hier Unterschiede zwischen beiden Staaten: zwar halten britische und deutsche Wähler die Abhörpraktiken US-amerikanischer Geheimdienste mehrheitlich für inakzeptabel, die bundesdeutschen Bürger jedoch in höherem Maße. So zeigt eine weltweite Umfrage des Pew Research Instituts, dass durchschnittlich 81 Prozent der Bürger in 44 Staaten die US-amerikanische Überwachungstätigkeit ablehnen.<sup>82</sup> Deutschland liegt mit 87 Prozent kritischer Befragter über diesem Durchschnitt und Großbritannien mit 70 Prozent etwas deutlicher unter dem Mittelwert.<sup>83</sup>

Die britischen Parteien behandeln Überwachungspraktiken und IKT-basierte Sicherheitsmaßnahmen 2014 durchweg in sichtbar geringerem Umfang als die deutschen Parteien. Tories, Labour und UKIP äußern sich gar in keiner Weise zu diesem Thema. Dies entspricht für die Conservatives und die UKIP auch dem Grad der Beunruhigung ihrer Wählerschaft über die Befugnisse von Geheimdiensten, wie Umfrageergebnisse des Instituts

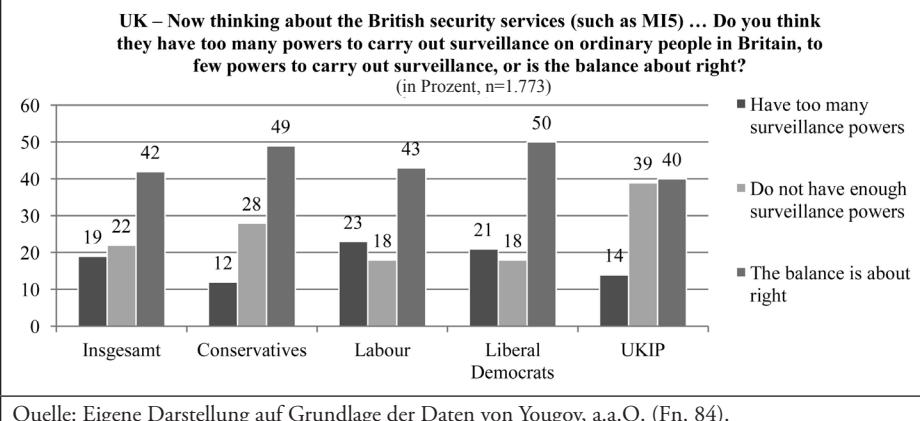
[http://www.gruene.de/fileadmin/user\\_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf](http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Europawahlprogramm/Europawahlprogramm.pdf) (Abruf am 31. Juli 2014), S. 23 ff.

81 Vgl. Die Linke, Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Europawahlprogramm 2009 der Partei Die Linke. Beschluss des Europaparteitages, Essen 2009, S. 21.

82 Gefragt wurde: „According to news reports, the American government has been monitoring communications, such as emails and phone calls, in the U.S. and many other countries. In your opinion, is it acceptable or unacceptable for the American government to monitor communications from your country's citizens?“; vgl. Pew Research Institute, Global Opinions of U.S. Surveillance and Drones, but Limited Harm to Americas Image, 14. Juli 2014, <http://www.pewglobal.org/files/2014/07/2014-07-14-Balance-of-Power.pdf> (Abruf am 20. August 2014), S. 45, S. 94. Entgegen dem Titel der Publikation ist das Bild Amerikas in der Welt sehr wohl von den Ereignissen betroffen, vgl. ebenda, S. 6.

83 In Deutschland wurden zwischen dem 17. März 2014 und dem 2. April 2014 1.000 Personen über 18 Jahren befragt. In Großbritannien erfolgte die Befragung zwischen dem 17. März 2014 und dem 8. April 2014. Hier wurden ebenfalls 1.000 Personen befragt; vgl. Pew Research Institute, a.a.O. (Fn. 82), S. 45, S. 54.

**Abbildung 3: Einschätzung der britischen Wähler zu den Überwachungsbefugnissen britischer Dienste**



Quelle: Eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von Yougov, a.a.O. (Fn. 84).

Yougov vom Oktober 2013 zeigen.<sup>84</sup> Leider werden hier keine Daten für die britischen Grünen erhoben.<sup>85</sup> Abbildung 3 zeigt, dass die britischen Wähler zumindest keine Konsequenzen für die britischen Dienste einfordern.

Diese Umfragewerte kovariieren mit der medienöffentlichen Auseinandersetzung, die in Großbritannien deutlich geringer ausfällt als in Deutschland. So gibt es anfänglich – abgesehen vom Guardian – kaum Pressemeldungen über die durch Edward Snowden ans Licht gebrachten Praktiken der NSA.<sup>86</sup> Die britische Sun und die Daily Mail positionieren sich zudem im weiteren Verlauf klar gegen die Untersuchungen des Guardian.<sup>87</sup> Die medienöffentliche Debatte argumentiert teilweise, die Enthüllungen Snowdens würden die nationale Sicherheit gefährden und Terroristen in die Hände spielen. Auch übt die britische Regierung in Folge der Ereignisse massiv Druck auf den Guardian aus, und der GCHQ zerstört Festplatten in den Räumen der Tageszeitung.<sup>88</sup> Es ist höchst fraglich, ob solches Vorgehen von Geheimdienstmitarbeitern in Deutschland stattfinden könnte.

Die Mehrheit der britischen Wählerschaft erachtet die Befugnisse der Sicherheitsbehörden als ausbalanciert. Eine kritischere Haltung nehmen am ehesten noch die Wähler der Labour Party und der Liberal Democrats ein. Labour-Anhänger halten zu 23 Prozent die

84 Vgl. Yougov, Sunday Times Survey Result, [http://cdn.yougov.com/cumulus\\_uploads/document/cfkj0aoeml/YG-Archive-Pol-Sunday-Times-results-11-131013.pdf](http://cdn.yougov.com/cumulus_uploads/document/cfkj0aoeml/YG-Archive-Pol-Sunday-Times-results-11-131013.pdf) (Abruf am 30. Juli 2014), S. 5.

85 Laut eigener Recherche sowie der Aussage der Green Party gibt es auch keine andere Umfrage, die die Empfindsamkeit der Green-Party-Wähler gegenüber den Überwachungstätigkeiten erhebt.

86 Vgl. etwa die Berichte der Daily Mail. Hier finden sich im Archiv erst ab Ende Juli Beiträge die sich mit „surveillance“, „NSA“ oder „GCHQ“ befassen; vgl. Europäisches Parlament, a.a.O. (Fn. 7), S. 54.

87 Vgl. „The paper that helps Britain's enemies“, in: The Daily Mail vom 10. Oktober 2013, S. 14.

88 Vgl. Christoph Scheuermann, Cameron und der Geheimdienst-Skandal: Im Land der schwarzen Helikopter, in: Spiegel Online vom 20. August 2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/geheimdienst-skandal-cameron-regierung-gegen-guardian-a-917572.html> (Abruf am 25. Juli 2014); Martin Holland, Guardian: Britischer Geheimdienst ließ Festplatten mit Snowden-Material zerstören, in: Heise Online vom 20. August 2013 (Abruf am 29. Juli 2014).

Kompetenzen für zu weitgehend. Bei den Wählern der Liberal Democrats gilt dies für 21 Prozent. Insofern ist es zwar aus Perspektive der Stimmenmaximierung plausibel, dass die britischen Parteien die Diskussion um die Überwachung der Bürger, den Schutz personenbezogener Daten und individuelle Freiheitsrechte nicht ins Zentrum ihrer Programmatik stellen, aber zumindest Labour und Liberal Democrats müssten für eine nähere Ausrichtung an ihrer Wählerschaft dem Thema mehr Aufmerksamkeit schenken.

Das Feld der klassischen Inneren Sicherheit schätzen 19 Prozent der britischen Wähler als wahlentscheidend ein, wobei die Werte auch hier nach Parteipräferenz unterschiedlich ausfallen: 25 Prozent der Conservatives-Anhänger, 14 Prozent der Labour-, 19 Prozent der Liberal Democrats-, zwölf Prozent der Greens- und sogar 26 Prozent der UKIP-Anhänger halten diesen Politikbereich bei den Europawahlen für bedeutsam. In Bezug auf die Gesamtwählerschaft wurden Asylfragen an erster Stelle genannt, gefolgt von der Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU und der britischen Wirtschaft.<sup>89</sup> In Deutschland hingegen spielen Asylthemen für die Wahlentscheidung 2014 eine sehr untergeordnete Rolle – die AfD ausgenommen.<sup>90</sup> Vielmehr sind für die Gesamtwählerschaft soziale Sicherheit und Friedenssicherung von besonderer Bedeutung.

Die deutschen Wähler stehen dem NSA-Skandal sichtlich kritischer gegenüber als die britischen. Auch die Presseberichterstattung fällt umfangreicher aus. Zwar sind die Überwachungspraktiken kein zentrales und wahlentscheidendes Thema der Bundestagswahl 2013 und wohl ebenso wenig für die EP-Wahlen 2014<sup>91</sup>, aber auch hier gibt es zumindest Unterschiede nach Parteipräferenzen: Für zwölf Prozent der CDU- oder CSU-Wähler ist das Verhalten der Bundesregierung zur Spähaffäre entscheidungsrelevant: bei SPD-Anhängern trifft dies bereits auf 36 Prozent zu, und Wähler der Grünen sehen sogar zu 41 Prozent den Umgang mit der NSA-Affäre als wahlentscheidend an. Zudem sind – wie Abbildung 4 zeigt – 60 Prozent der Bürger in Deutschland darüber beunruhigt, dass Geheimdienste persönliche Daten und Informationen sammeln und auswerten, wobei es auch hier klare Unterschiede zwischen den Parteianhängern gibt.

Die Position der CDU- und CSU-Wählerschaft, die sich zu rund 47 Prozent um die Abhörpraktiken sorgt, weicht etwas vom Durchschnitt ab. Aber auch hier liegen die Werte erheblich höher als in Großbritannien. Neben diesen Unterschieden zeigen sich auch Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten: Für die Anhänger der sozialdemokratischen Partei in Deutschland – ähnlich wie für Labour-Wähler – sind die Überwachungspraktiken ein durchaus wichtiges Thema, das aber in beiden Fällen durch die jeweilige Wahlprogram-

<sup>89</sup> Vgl. Yougov, a.a.O. (Fn. 4), S. 2. Befragt wurden 6.124 britische Erwachsene im Zeitraum vom 20. bis 21. Mai 2014.

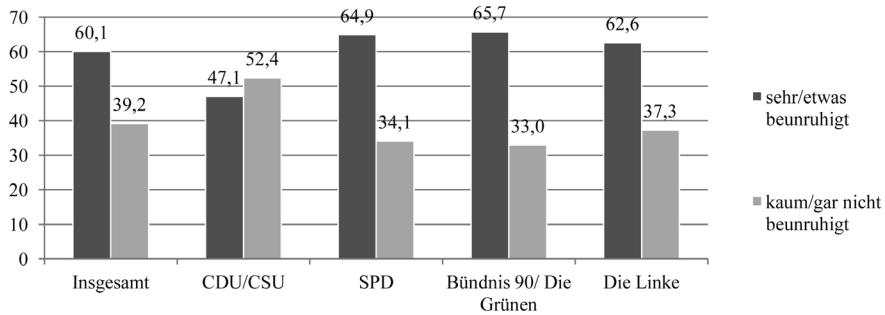
<sup>90</sup> Vgl. Infratest Dimap, Wahlreport. Europawahl in Deutschland. Eine Analyse der Wahl vom 25. Mai 2014, Berlin 2014, S. 31.

<sup>91</sup> Vgl. Infratest Dimap, Datenausspähung durch USA und Großbritannien, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/datenausspaehung-durch-usa-und-grossbritannien/> (Abruf am 29. Juli 2014). 1.000 Personen wurden am 16. und 17. Juli 2013 gefragt: „Im Zusammenhang mit dem Vorgang haben SPD und Grüne der Bundesregierung große Versäumnisse vorgeworfen. Sie habe ihre Pflicht versäumt, Grundrechte der Bürger zu sichern und Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Spielt dieses Thema bei Ihrer Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl im September voraussichtlich eine sehr große/eine große/eine geringe/keine Rolle?“.

**Abbildung 4: Beunruhigung der Wählerschaft über die NSA-Affäre**

**Deutschland – Vor kurzem ist bekannt geworden, dass der amerikanische Geheimdienst NSA in großem Stil die Telefon- und Internetverbindungen in Deutschland überwacht. Was würden Sie sagen: Wie sehr beunruhigt Sie der Gedanke, dass Ihre Telefon- und Internetdaten möglicherweise von Geheimdiensten aufgezeichnet werden? Würden Sie sagen, dass beunruhigt Sie sehr, etwas kaum oder gar nicht?**

(in Prozent, n=788)



Quelle: Eigene Darstellung und Berechnung auf Grundlage der Daten des Instituts für Demoskopie Allensbach. Sonderberechnung aus IfD-Umfrage 11011, August 2013.

matik 2014 nicht entsprechend aufgegriffen wird. Der Befund trifft für die SPD auch auf die Politikgestaltung der Inneren Sicherheit allgemein zu.<sup>92</sup>

Die kritische Haltung deutscher Wähler in der NSA-Affäre weist Ähnlichkeiten mit Reaktionen auf andere sicherheitspolitische Ereignisse auf. So sinkt nach Bekanntwerden der Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds Anfang November 2011 und der entsprechenden Kritik an der Tätigkeit deutscher Verfassungsschutz- und Polizeibehörden das Vertrauen in den Verfassungsschutz im Verlauf des Monats zunächst deutlich ab. Die Werte steigen aber bereits Ende November wieder langsam an.<sup>93</sup> Die Kritik bezieht sich vor allem auf die Ermittlungspannen und Kommunikationsdefizite zwischen den Behörden, die seinerzeit in einer grundsätzlichen Kritik am bundesdeutschen Föderalismus mündete.<sup>94</sup> Bedeutsamer ist jedoch das Urteil der Bürger zum Umgang mit ihren personenbezogenen Daten, und hier zeigen sich sichtbare Unterschiede zum Jahresende 2011: Mit Bekanntwerden der Überwachungspraktiken der Geheimdienste 2013 misstrauen

92 Wie eingangs bereits dargelegt wechselten sicherheitssensible SPD-Anhänger im Falle einer abweichenden Wahlentscheidung mehrheitlich, weil ihnen die Forderungen der Partei in Sicherheitsfragen zu weit gingen; vgl. *Mathias Bug*, a.a.O. (Fn. 36), S. 64 f.; *Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen*, a.a.O. (Fn. 37).

93 Die Befragungsdaten indizieren einen deutlichen, aber nur kurzzeitigen Vertrauensverlust für die Verfassungsschutzbehörden infolge des Bekanntwerdens der NSU-Morde am 4. November 2011. Die Befragung erfolgte zwischen dem 31. Oktober 2011 und dem 17. Dezember 2011. In die erste Kalenderwoche im November fallen jedoch nur 29 Interviews, weshalb hier keine Verallgemeinerungen möglich sind.

94 Vgl. *Mathias Bug / Jasmin Röllgen / Ursula Münch*, Föderalismus als Problem – Föderalismus als Lösungsansatz: Eine erste Aufarbeitung im Kontext des Skandals um die rechtsextremen Gewalttaten von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung Tübingen (Hrsg.), Jahrbuch des Föderalismus 2012. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Bd. 13, Baden-Baden 2012, S. 138 – 152.

65 Prozent der Wähler dem staatlichen Umgang mit gespeicherten Daten. 2011 gingen hingegen noch 50 Prozent der Bürger davon aus, dass mit internet- und telefonbasierten Daten vertrauensvoll umgegangen wird.<sup>95</sup>

#### *4. Fazit: Rationale Parteien und Wählerpräferenz*

Für britische Bürger sind Überwachungsmaßnahmen in gewissem Sinne alltäglicher als für Deutsche. So kann Großbritannien durchaus als Wegbereiter in Sachen Videoüberwachung innerhalb der Europäischen Union bezeichnet werden.<sup>96</sup> Die Überwachung öffentlicher Plätze und Straßen hat zwar auch in Deutschland erheblich zugenommen, aber nach wie vor bestehen qualitative und quantitative Unterschiede.<sup>97</sup> So ist etwa Videoüberwachung in Großbritannien derart alltäglich und umfassend<sup>98</sup>, dass selbst die Green Party, die in ihrem Programm zur EP-Wahl 2014 das Thema Überwachung stärker und kritischer besetzt als die übrigen britischen Parteien, Closed Circuit Television (CCTV) für die Überwachung von Schlachtanlagen fordert.<sup>99</sup>

Die Debatte um die geheimdienstliche Ausspähung der Bürger erzeugt bei den Briten weniger Unbehagen als bei den Deutschen. Insgesamt halten nur 19 Prozent die Befugnisse der britischen Dienste für zu weitgehend. Dem stehen 60 Prozent kritische deutsche Unionsbürger gegenüber. Intensität, Inhalt und Umfang der medialen Berichterstattung geht in beiden Ländern mit diesen unterschiedlichen Einschätzungen der Bürger einher. Ein Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten verdeutlicht, dass das Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit im untersuchten Fall damit korrespondiert, wieviel Beachtung die Innere Sicherheit in den Wahlprogrammen erhält. Die stärkere öffentliche Anteilnahme an den Überwachungspraktiken und an den erfolgten Reaktionen der Bundesregierung in Deutschland spiegelt sich auch in den Programmen der Parteien zur EP-Wahl. Vice versa zeigt sich die geringere Problematisierung der Geheimdiensttätigkeit in den britischen Wahlprogrammen.

Innerhalb eines Mitgliedstaates und zwischen den Parteien fällt das Urteil nicht ganz eindeutig aus. Mehr Beunruhigung der Bürger lässt nicht pauschal auf eine umfassendere Berücksichtigung des Themas im Wahlprogramm schließen. So sorgen sich CDU-Wähler tendenziell weniger um die NSA-Affäre, aber das Manifest der Christdemokraten weist – nach der FDP – quantitativ die umfassendste Betrachtung von geheimdienstlicher Überwachung, Schutz personenbezogener Daten und IKT-basierter Sicherheitsmaßnahmen auf.

95 Es handelt sich zwar um zwei unterschiedliche Stichproben, die Werte geben aber dennoch Aufschluss über das sinkende Vertrauen im Zuge der NSA-Affäre; vgl. *Mathias Bug / Ursula Münch / Jasmin Röllgen*, a.a.O. (Fn. 37); Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11011, August 2013.

96 Vgl. *Eric Töpfer*, Videoüberwachung – eine Risikotechnologie zwischen Sicherheitsversprechen und Konstrolldystopien, in: *Nils Zurawski* (Hrsg.), Surveillance Studies. Perspektiven eines Forschungsfeldes, Opladen 2007, S. 33 – 46.

97 Vgl. *Mathias Bug / Sebastian Enskat / Susanne Fischer / Philipp Klüfers / Jasmin Röllgen / Katrin Wagner*, Strategien gegen die Unsicherheit. Europäische Sicherheitsmaßnahmen nach 9/11, in: Friedens-Warte, 86. Jg. (2011), H. 3/4, S. 53 – 82.

98 *Christoph Scheuermann*, a.a.O. (Fn. 88).

99 Vgl. Green Party, a.a.O. (Fn. 66), S. 19.

Eine mögliche Erklärung bietet ein anderer Effekt des Nebenwahlcharakters von europäischen Wahlen: In Antizipation des tendenziell höheren Stimmenverlustes von Regierungsparteien könnte die CDU hier bewusst ein besonderes Augenmerk auf dieses in der Öffentlichkeit bedeutende Thema gelegt haben.

Ebenfalls erkläungsbedürftig ist die Position der SPD. Ihre Wählerschaft ist über die Geheimdienstoffäre überdurchschnittlich stark verunsichert, aber das Wahlprogramm spiegelt dies vor allem auch qualitativ gesehen nicht wider. Die Partei entspricht mit ihren Positionen zur Inneren Sicherheit bereits früher nicht dem programmatischen Willen ihrer sicherheitssensiblen Wähler. Hier sind zwei Gründe vorstellbar: Die SPD ist sich über die sicherheitspolitischen Präferenzen ihrer Wählerschaft nicht im Klaren, oder die sicherheitspolitische Position der SPD-nahen Wähler spielt insgesamt eine untergeordnete Rolle bei der Wahlentscheidung, so dass die Partei diesem Punkt bei der Ausarbeitung des Manifests aus rationalen Kostenerwägungen weniger Bedeutung beimisst. Der Befund gilt gleichermaßen für die Labour Party. Interessant wäre daher ein systematischer Quervergleich sozialdemokratischer Parteien in Europa.

Offenkundig ist die Aufmerksamkeit für bestimmte Aspekte der Inneren Sicherheit bei den europäischen Wahlen nationalstaatlich geprägt: Innere Sicherheit spielt für die britischen Parteien insbesondere dort eine Rolle, wo sie die nationale Souveränität tangiert, nationale Interessen befördert und den britischen Bürgern dient. Die deutschen Parteien beziehen etwas stärker die europäische Innere Sicherheit und erst in zweiter Linie die nationale mit in die Programmatik ein, wobei es im nationalen Diskurs dann aber stärker um die Befugnisse von Sicherheitsbehörden und die Einschränkung individueller Freiheitsrechte geht.

## **Zum Sozialprofil der deutschen Abgeordneten nach der Wahl zum Europäischen Parlament 2014**

*Peter Rüttgers*

Wie bei jeder vorangegangenen Wahl zum Europäischen Parlament (EP) gab es auch bei der 8. Direktwahl im Mai 2014 einige Rahmenbedingungen, die in besonderer Weise Einfluss hatten auf die Wahlchancen der beteiligten Parteien, auf die Nominierung von Kandidaten und deren Möglichkeit, ein Mandat zu erlangen. Aufgrund der Deckelung der Gesamtzahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MdEP) verminderte sich die Anzahl der in Deutschland zu wählenden Abgeordneten geringfügig von 99 auf 96.<sup>1</sup> Auf die Vertretungschancen der Parteien im EP wirkte sich diese Veränderung aber kaum aus. Von größerer Bedeutung für den Wahlausgang und die im EP vertretenen Parlamentarier waren die Urteile des Bundesverfassungsgerichts, Sperrklauseln von fünf und drei Prozent für die

1 Gemäß Art. 14, Abs. 2 des EU-Vertrags wurde die Anzahl der Abgeordneten des EP auf 750 (zuzüglich des Präsidenten) festgelegt und die Höchstzahl der Sitze, die ein Mitgliedstaat erhalten kann, auf 96.